

»Vergesst die Armen in der Wirtschaftskrise nicht!«

Arbeitskreis Frankfurter Armutsforscher fordert eine Umverteilung von oben nach unten

Die Wirtschaftskrise erfordert eine sozialpolitische Antwort. Davon ist der Arbeitskreis Frankfurter Armutsforscher überzeugt und fordert deshalb, Armut zu bekämpfen und die unteren Einkommensgruppen zu stärken. Gepaart mit einer Erhöhung der öffentlichen

Seit Anfang des Jahrzehnts beobachten wir einen drastischen Anstieg der Einkommensarmut in Deutschland, der nur in den letzten Jahren des Aufschwungs etwas geschmälert wurde. Der Anstieg der Armut ging dabei mit einer Schrumpfung der Mittelschicht einher. Besonders stark war der Anstieg der Familienarmut, und die Armut von Erwerbstätigen hat sich fast verdoppelt. Durch die Krise werden sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die weitere Spreizung der Lohnstruktur weiter beschleunigen.



Franz Segbers

Im schlimmsten Fall ist sogar der soziale Frieden in Gefahr. Deswegen müssen wir sozialpolitisch gegensteuern. Aus sozialen Gründen, vor allem aber auch aus ökonomischen Gründen sind eine Bekämpfung der Armut und eine Stärkung der unteren Einkommen dringend notwendig. Außerdem müssen die öffentlichen Investitionen gestärkt werden, wobei auch hier ein Fokus auf Investitionen in Bildung, die die Startchancengerechtigkeit erhöht, gelegt werden sollte. Schon rein quantitativ gibt es hier in Deutschland ein großes Defizit. Während im OECD-Durchschnitt sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) für Bildung ausgegeben werden, sind es in Deutschland nur fünf Prozent.

Der Sozialstaat, der in den letzten Jahren so leichtfertig schlecht geredet und nachhaltig demontiert wurde, findet einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Gerade jetzt in Zeiten der Krise wird er dringender denn je gebraucht. Die Kürzung oder Streichung sozialstaatlicher Leistungen und die Deregulierung der Märkte sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wenn die sozialen Sicherungssysteme ins Wanken geraten, wird dies die Menschen härter treffen, als sie es durch die Wirtschaftskrisen kennen. Sie werden den durch die Wirtschaftskrise erforderlichen Sozialstaatsabbau unmittelbar am eigenen Leib spüren. Arme, alte, pflegebedürftige und kranke Menschen werden dann die Rechnung begleichen müssen, die die Banken verursacht haben.

Arme Menschen sind bislang bei allen Rettungspaketen und Konjunkturprogrammen so gut wie nicht beachtet worden. Dabei herrscht Einigkeit unter allen Wirtschaftsexperten, dass es entscheidend darauf ankommt, den Konsum in der Krise zu stützen. Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung schlägt diese Chance aus. Sie hätte die Möglichkeit gehabt, eine nachhaltige Bekämpfung der Armut mit wirksamen

Investitionen diene dies nicht allein dem sozialen Frieden, sondern sei auch geeignet, die Nachfrage und damit die Wirtschaftskonjunktur zu beleben. Dem Frankfurter Arbeitskreis gehören Wissenschaftler, Politiker und Vertreter von Caritas und Diakonie an.



Wolfgang Strengmann-Kuhn

Konjunkturimpulsen zu verbinden.

Allein aus dem Umfang der Bevölkerung, die auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen ist, ergeben sich deutliche volkswirtschaftliche Wirkungen. Ende 2006 erhielten über acht Millionen Personen Leistungen aus den sozialen Mindestsicherungssystemen im SGB II und SGB XII. Das sind zehn Prozent der deutschen Wohnbevölkerung. Der größte Teil davon bewegt sich im SGB-II-System (»Hartz IV«) mit einem Anteil von rund neun Prozent und rund 40 Milliarden Euro Bruttoausgaben. Der wirtschaftliche Nutzen einer Regelsatzanhebung zu einem bedarfsdeckenden Existenzminimum erlangt in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise eine besondere Bedeutung, da das Existenzminimum die Wirkung eines automatischen Stabilisators entfaltet.

Durch die zunehmende Armut sehen sich vor allem die Kommunen mit neuen Aufgaben- und Ausgabenanforderungen konfrontiert, wächst doch der Bedarf an Beratungs-, Förder- und Unterstützungsmaßnahmen für diejenigen, die in der Krise den Anschluss zu verlieren drohen. Die Sicherung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen auch für die von Armut und Ausgrenzung bedrohten und betroffenen Gruppen erfordert einen Mix aus lebenslagen-, zielgruppen- und sozialraumbezogenen Integrationsstrategien auf lokaler Ebene.

Die Forderung nach Steuersenkungen ist vor diesem Hintergrund verantwortungslos, da diese mit einer massiven Kürzung der staatlichen Ausgaben einhergehen muss. Notwendige Investitionen werden entfallen, weiterer Sozialabbau wird die Folge sein. Armut und soziale Ungleichheit werden zunehmen.

Um aus der Krise sozial gerecht und ökonomisch effizient heraus zu kommen, sind zwei Dinge notwendig: Erstens müssen geringe Einkommen gestärkt werden, um Armut zu verhindern und damit einhergehend die Konsumnachfrage zu stärken. Zweitens sind öffentliche Investitionen notwendig, die eine hohe Rendite versprechen. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass jetzt notwendige Schulden auch wieder zurückgezahlt werden können. Mittelfristig müssen höhere Sozialausgaben sowie dauerhaft höhere Ausgaben, z.B. für Bildung, aber solide gegenfinanziert werden. ➤

► Neben dem wirtschaftlichen Nutzen ist eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze für Erwachsene, Kinder und Jugendliche seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze überfällig. Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wären mit der Anhebung der Regelsätze um 25 bis 30 Prozent sowohl neue Zukunftsperspektiven für Kinder und Jugendliche verbunden als auch ein wirksamer Konjunkturimpuls ausgelöst, der den Konsum gerade in solchen Regionen stabilisiert, die mit den größten sozialen Problemen zu kämpfen haben.

Eine Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung reicht als Maßnahme nicht aus. Um zu vermeiden, dass immer mehr Menschen auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, müssen Mindestsicherungselemente in die vor gelagerten Sicherungssysteme integriert werden. Wir fordern deshalb eine existenzsichernde und zu versteuernde Kindergrundsicherung. In der Rentenversicherung brauchen wir eine garantierte Mindestrente, die zumindest langjährig Versicherte erhalten. Das Mindestelterngeld müsste erhöht und die Zahlungsdauer, z.B. durch die Erhöhung der »Väter«-Monate, verlängert werden. Auch in der Arbeitslosenversicherung wäre eine Mindestleistung sinnvoll. Für Erwerbstätige fordern wir einen Mindestlohn. All diese genannten Maßnahmen sind nicht nur sozialpolitisch dringend notwendig, sondern auch ökonomisch sinnvoll, weil eine gezielte Stärkung unterer Einkommensgruppen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöht.

In der derzeitigen ökonomischen Situation ist es nicht sinnvoll, wenn die höheren Ausgaben vollständig gegenfinanziert werden. Insbesondere einmalige Investitionen können problemlos durch Kredite finanziert werden. Dies lässt sich volkswirtschaftlich rechtfertigen, da öffentliche Investitionen schnell nachfragewirksam werden, einen höheren Multiplikatoreffekt haben und bleibende Werte geschaffen werden, die auch zukünftigen Generationen zugutekommen.

Die höheren Sozialleistungen müssen aber mittelfristig gegenfinanziert werden. Dieses kann nicht alleine durch die Reduktion von Ausgaben passieren, dies war der Fehler in der Vergangenheit – sondern muss auch durch eine Erhöhung der Steuereinnahmen erfolgen. Zu nennen wären eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, die Wiedereinfüh-

rung der Vermögensteuer, eine konsequente Versteigerung der Emissionszertifikate, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine deutliche Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Darüber hinaus müssen die Sozialversicherungen gerechter und ökonomisch nachhaltiger finanziert werden. Hier muss unbedingt die Finanzierungsbasis verbreitert werden, indem die Vermögenseinkommen und höhere Einkommen mit einbezogen werden und die Sozialversicherungspflicht auf alle Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet wird. Deswegen fordern wir, die Sozialversicherungen zu Bürgerversicherungen weiter zu entwickeln.

Schließlich müssen die Kosten der Bankenrettung gerecht finanziert werden. Zwar sind die tatsächlichen Kosten noch unklar, aber selbst die Bundesregierung rechnet mit einem zweistelligen Milliardenbetrag. Sollte sich die Finanzmarktkrise noch ausweiten, könnte der Betrag noch höher ausfallen. Es wäre ungerecht, diese Kosten auf alle Steuerzahlerinnen und -zahler umzulegen. Deshalb fordern wir eine Vermögensabgabe für hohe Vermögen, um diese Schulden abzutragen.

Wir sind für eine tragfähige Finanzierung unserer Staatsfinanzen. Diese können wir aber nicht durch eine Schuldenbremse erreichen, die den politischen Handlungsspielraum einengt, sondern nur durch eine tragfähige Steuer- und Abgabepolitik, die für die erforderlichen Mittel zur Erhaltung unserer sozialen Infrastruktur sorgt, Armut beseitigt und zu einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung führt.

Dem Arbeitskreis Frankfurter Armutsforscher gehören unter anderen an Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und Wirtschaftsprofessor an der Universität Frankfurt am Main, sowie Franz Segbers, Leiter des Referats Ethik, Arbeit und Sozialpolitik des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau und Professor für Sozialethik am Fachbereich Evangelische Theologie an der Universität Marburg.

Kontakt: Dr. Franz Segbers, Diakonisches Werk Hessen-Nassau, Ederstr. 12, 60486 Frankfurt

Alltag in Armut

Einblick in die Lebenswelt von Hartz-IV-Beziehern

Frankfurt a.M. (epd). Der Co-Autor des Beitrags auf dieser Seite, Franz Segbers, hat mit dem Vorsitzenden des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau, Wolfgang Gern, ein neues Buch über den Alltag von Hartz-IV-Empfängern herausgegeben. In dem Buch mit dem Titel »Als Kunde bezeichnet, als

Bettler behandelt. Erfahrungen aus der Hartz-IV-Welt« kommen diejenigen zu Wort, die mit dem Regelsatz von 359 Euro für einen alleinstehenden Erwachsenen zurechtkommen müssen. Auch die manchmal frustrierende Behandlung durch die Jobcenter wird geschildert.

Die Beiträge sind überwiegend von Mitarbeitern der Diakonie Hessen und Nassau geschrieben, also Menschen, die in ihrem Beruf ständig mit betroffenen Arbeitslo-

sen zu tun haben, sie beraten, ihnen helfen. In den Texten rückt die Perspektive der Erwerbslosen in den Mittelpunkt. Das ist der besondere Charakter des Taschenbuches. Die Beiträge werden ergänzt durch Analysen von Wissenschaftlern. *mj*

● Wolfgang Gern, Franz Segbers (Hrsg.): Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt. Erfahrungen aus der Hartz-IV-Welt, VSA Verlag Hamburg, 2009, ISBN 978-3-89965-386-1